

NATO „die Sicherheit des Nordatlantikbereiches“ verstärkt würde.

Die amerikanischen Imperialisten wollen die Anwesenheit militaristischer deutscher Generäle in dem NATO-Rat gerade deshalb, um gegenüber anderen Mitgliedstaaten der NATO leichter ihren aggressiven Kurs zur Verschärfung der Lage in Europa und zur Entfesselung eines Krieges durchzusetzen. Für sie bedeutet die Mitgliedschaft Westdeutschlands in der NATO die Befehlsgewalt über eine aggressive Armee und über das Territorium Westdeutschlands als Ausgangspunkt für ihre gegen die Sowjetunion gerichteten Kriegspläne. Bereits in der Londoner Schlußakte der Neunmächte ist in Abschnitt IV festgelegt, daß die auf dem Kontinent stationierten Streitkräfte aller NATO-Länder unter dem Befehl der Alliierten Oberkommandierenden in Europa stehen. Die Einbeziehung kriegslüsterner deutscher Militaristen in die NATO kann den aggressiven Charakter dieser Organisation nur verstärken.

Mit dem Abkommen von Paris und London wurde die Stellung des Alliierten Oberkommandierenden der NATO-Streitkräfte in Europa bedeutend gestärkt. In der genannten Erklärung des NATO-Rates vom 22. Oktober heißt es, daß „der Mechanismus für kollektive Verteidigung Europas in der Hauptsache durch die Stärkung der Machtbefugnisse des Alliierten Oberbefehlshabers in Europa erreicht werden soll.“ Laut Artikel 7 der Resolution des Nordatlantikrates vom 23. Oktober besitzt der Oberkommandierende für Europa eine fast unumschränkte Befehlsgewalt über Strategie, Einsatz und Standort der Truppen in seinem Bereich. Dieser Posten des Alliierten-Oberbefehlshabers in Europa gehört seit Bestehen der NATO den Amerikanern, gegenwärtig General Gruenther.

Das bedeutet nichts anderes, als daß sich mit den Abkommen von London und Paris, trotz einer gewissen Stärkung der Position der Bourgeoisie Englands und Frankreichs, vor allen Dingen der Einfluß der USA innerhalb dieses aggressiven Systems wesentlich verstärkt hat. Und selbst dort, wo sich die imperialistische englische Bourgeoisie stärkeren Einfluß verschaffen konnte (Englands Position im Brüsseler Pakt ist stärker als sie gegenüber der EVG war), bedeutet dies keinesfalls eine Verminderung der aggressiven Politik, sondern lediglich das Bestreben, die Führung des englischen Imperialismus bei der Kriegsvorbereitung in Europa durchzusetzen.

IV. Die Saarfrage

Ein Teil des nationalen Verrats Adenauers ist die Verschacherung des Saargebiets an französische Monopole. Nach dem in Paris von Adenauer und Mendes-France Unterzeichneten Statut wird das Saargebiet von Deutschland losgetrennt und „europäisiert“, wobei die jetzige Vormachtstellung französischer Monopole über die Saar nicht angetastet wird. Durch eine in Eile und unter undemokratischen Bedingungen durchgeführte Volksbefragung soll diese Lostrennung des Saargebiets sanktioniert werden. Danach sollen im Saargebiet jegliche Propaganda für die Wiedervereinigung des Saargebiets mit Deutsch-

land und alle Parteien, die dafür eintreten, verboten werden.

Mit diesem nationalen Verrat erkaufte sich Adenauer die Zustimmung eines Teils der französischen Bourgeoisie zur Wiedererrichtung einer faschistischen Wehrmacht in Westdeutschland.

Die Bemühungen der Westmächte und der Adenauerregierung, die Ratifizierung dieser Verträge in den wichtigsten westlichen Ländern noch in diesem Jahr zu erzwingen, schafft in Europa eine gefährvolle Situation. Die Wiederbewaffnung des deutschen Imperialismus würde nicht nur die Wiedervereinigung Deutschlands auf lange Zeit unmöglich machen, sondern gleichzeitig die Spaltung Europas in feindliche militärische Gruppierungen zur Folge haben und eine unmittelbare Kriegsgefahr schaffen. In dieser Situation haben die sowjetischen Vorschläge, die in der Note vom 23. Oktober und in der Note vom 13. November enthalten sind, eine große Bedeutung. Sie zeigen allen europäischen Völkern, daß reale Voraussetzungen bestehen, in der deutschen Frage und der Frage der gesamteuropäischen Sicherheit, die untrennbar miteinander verbunden sind, wesentlich voranzukommen, wenn die Westmächte die Politik der Wiederaufrüstung Westdeutschlands fallen lassen.

Angesichts der greifbaren Möglichkeit, am 29. November Verhandlungen über ein System der kollektiven Sicherheit in Europa zu beginnen, hat sich die Forderung breiter Kreise nach sofortigen Verhandlungen bedeutend verstärkt. Das führt u. a. dazu, daß sich bei der Abstimmung über die Londoner und Pariser Vereinbarungen im englischen Unterhaus die Abgeordneten der Labourpartei, deren rechte Führung bekanntlich zu den eifrigsten Verfechtern der Remilitarisierung Westdeutschlands gehört, der Stimme enthielten. Die Westmächte versuchen diesem Druck der Volksmassen aus dem Wege zu gehen, indem sie erklären, man könnte nach der Ratifizierung der Londoner und Pariser Verträge besser mit der Sowjetunion „von der Position der Stärke aus“ verhandeln.

Wenn Westdeutschland erst einmal an den aggressiven Nordatlantikpakt und die militärische Westeuropäische Union gekettet ist, werden die Möglichkeiten für Verhandlungen untergraben. Die friedliche Lösung der Deutschlandfrage erfordert den Abzug der Besatzungstruppen, die Wiedervereinigung durch freie demokratische Wahlen in ganz Deutschland und würde durch ein System der kollektiven Sicherheit in Europa bedeutend gefördert werden.

Die Londoner und Pariser Abkommen setzen sich in allen diesen Fragen das Gegenteil zum Ziel: die Besetzung Westdeutschlands, die gewaltsame Ausdehnung der Macht der Bonner Militaristen auf ganz Deutschland, die einseitige Bindung Westdeutschlands an die aggressive Politik der imperialistischen Mächte, und macht schließlich mit der Schaffung eines neuen Kriegsherdes in Europa die Sicherheit in Europa illusorisch.

Die Hauptverantwortung für die Sicherung des Friedens liegt jetzt auf den Schultern des deutschen Volkes. Der Kampf aller friedliebenden Deutschen muß die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands erzwingen.

Paul Markowski